

POLIZEIDICHTE IN BW

Forderung: Fortsetzung des Einstellungskorridors

Für den Doppelhaushalt 2023/2024 ist eine der zentralen Forderungen der Gewerkschaft der Polizei, dass der Einstellungskorridor fortgesetzt werden muss. Der Polizei in BW fehlen aktuell mindestens 6.000 Vollzugsstellen, weshalb es unverantwortlich wäre, bei der Inneren Sicherheit zu sparen.

Gundram Lottmann

Die Coronapandemie, die Cybersicherheitslage und auch der Ukraine-Krieg fordern von der Polizei ein Maximum an Einsatz, um die Innere Sicherheit zu gewährleisten. Umso erfreulicher ist die Pressemitteilung des Innenministers Thomas Strobl, dass ab März und April 1.300 Polizistinnen und Polizisten die Landespolizei verstärken. Die langersehnte Verstärkung kommt nun in die Fläche und unterstützt die Schutz- und Kriminalpolizei.

Eine Erhöhung des Personalkörpers bei der Polizei ist seit vielen Jahren überfällig. Für jede spürbare Verstärkung sind wir dankbar und nehmen dies wohlwollend zur Kenntnis. Dies darf aber nicht dazu führen, dass die Politik sich zurücklehnt und in ihren Bemühungen, ausreichend Personal für die Polizei zu rekrutieren, nachlässt.

Wie sehen die aktuellen Zahlen aus? Hierzu lohnt es sich, einen Blick auf die Polizeidichte zu richten. Darunter versteht man den Anteil der Stellen des Polizeivollzugsdienstes im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Wie viele Bürgerinnen und Bürger betreut ein Polizeibeamter in Baden-Württemberg?

Übersicht Polizeidichte von 1978 bis 2020				
Jahr	Einwohner BW	PVD-Stellen	Polizeidichte – Betreuungsverhältnis	Polizisten pro 100 000 Einwohner
1978	9.137.790	17.052	536	187
1980	9.258.947	19.792	468	214
1990	9.822.027	23.267	422	237
2000	10.524.415	24.605	428	234
2010	10.753.880	23.970	449	223
2011	10.512.441	23.635	445	225
2012	10.569.111	23.807	444	225
2013	10.631.278	23.774	447	224
2014	10.716.644	23.999	447	224
2015	10.878.618	24.063	452	221
2016	10.951.893	24.073	455	220
2017	11.023.424	24.233	455	220
2018	11.069.533	24.316	455	220
2019	11.100.394	24.316	457	219
2020	11.103.043	24.244	458	218

Seit 2016 wurden mehr als 9.000 Polizei-anwärterinnen und Polizeianwärter eingestellt. In der nachfolgenden Grafik wird die voraussichtliche Gesamtzahl der Stellen im Polizeivollzugsdienst dargestellt. Diese beruht auf den im Haushalt 2021 etatisierenden Stellen. Dabei wird in der Tabelle ab 2022 angenommen, dass alle Anwärtinnen und Bewerber nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung auch auf PVD-Stellen übernommen werden. Schon jetzt ist absehbar, dass 2023 wenigstens 100 PVD-Stellen und 2024 wenigstens 200 PVD-Stellen notwendig sind, um alle Beamten in Ausbildung übernehmen zu können.

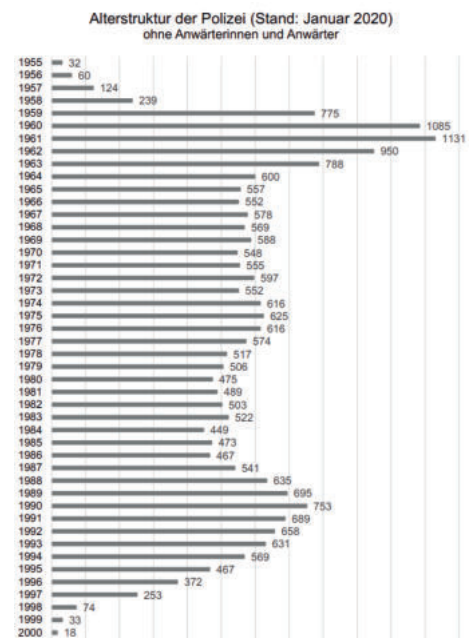


Altersstruktur der Polizei

Um die Entwicklung des Personalkörpers des Polizeivollzugsdienstes richtig verstehen zu können, muss die Altersstruktur in den Fokus genommen werden. Hieraus ist ersichtlich, wie hoch die Anzahl der Pensionierungen in den folgenden Jahren sein wird. Damit einhergehend ist der Wissensverlust, der mühsam durch Erfahrung und Fortbildung vom Nachwuchs kompensiert werden muss.

Aus der Grafik ist ersichtlich, dass ab dem Jahr 2024 zwar die Höchstzahlen der Pensionierungen aus den Vorjahren nicht mehr erreicht werden, die Pensionierungszahlen aber weiterhin auf einem hohen Niveau bleiben werden. Deshalb wäre es fatal, die Einstellungszahlen zu reduzieren. Damit wür-

den die Fehler der Vergangenheit wiederholt und eine ungünstige Altersstruktur bei der Polizei geschaffen, die eine ähnlich hohe Pensionierungswelle nach sich ziehen würde, wie wir sie in der Vergangenheit erleben mussten.



Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Zukünftig soll mit der neuen Ausbildung bei der Polizei auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Geplant ist eine neue Teilzeitregelung, die den Anwärtinnen und Bewerbern während des Einführungspraktikums künftig eine Ausbildung in Teilzeit im Umfang von 50 Prozent der regelmäßigen Arbeitszeit ermöglicht.

Diese Maßnahme wird die Polizei als attraktivsten Arbeitgeber bundesweit stärken. Es ist gut und richtig, dass das Innenministerium erkannt hat, dass man sich für



die besten Köpfe im Land engagiert ins Zeug legen muss. Hierzu gehört eben auch, die Work-Life-Balance zu berücksichtigen. Vor dem Hintergrund einer sich dynamisch verändernden Arbeits- und Lebenswelt ist es notwendig, eine intelligente Verzahnung von Arbeits- und Privatleben zu ermöglichen.

10 Gründe für die Fortsetzung des Einstellungskorridors

- 1) Das bislang versprochene Personal für die Entlastung des operativen Dienstes ist noch nicht angekommen und der aktuelle Personalkörper wird weiterhin „auf Verschleiß gefahren“.
- 2) Die hohe Anzahl von Pensionierungen bis 2024 erlaubt keine Reduzierung der Einstellungszahlen.
- 3) Zahlreiche polizeiliche Zusatzaufgaben aus den letzten Jahren können nicht oder nur eingeschränkt wahrgenommen werden, da das Personal hierzu nicht zur Verfügung steht. Selbst Kernaufgaben der polizeilichen Arbeit leiden unter dem Personalmangel.
- 4) Die Hochschulstandorte Herrenberg und Wertheim wurden extra für die Einstellungsoffensive bei der Polizei eröffnet. Viel Geld wurde in die zum Teil maroden Gebäude gesteckt, um eine zeitgemäße Ausbildung bieten zu können. Diese Standorte müssen unvermindert weiterbetrieben werden, damit sich die Investitionskosten amortisieren.
- 5) Das Personal für die Hochschulstandorte Herrenberg und Wertheim wurde von den Flächenpräsidien abgezogen und für die Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter abgeordnet. Eine Rückkehr zu ihrer Heimatdienststelle streben die wenigsten an und es sollte eine Verstetigung des Personals an deren Wirkungsstätte stattfinden.
- 6) Eine Teilzeitregelung während der Ausbildung muss durch die Erhöhung von Einstellungen ausgeglichen werden.
- 7) Aktuell beträgt der Frauenanteil bei den Neueinstellungen fast 50 Prozent. Das bedeutet, dass in den nächsten 15 Jahren mit einer höheren Teilzeit- und Elternzeitquote zu rechnen ist. Eine vorausschauende Personalplanung sieht entsprechende Ausgleichspotenziale vor.
- 8) Aufgrund des demografischen Wandels ist schon heute eine deutlich geringere Bewerberlage im Vergleich zu den Vorjahren festzustellen. Hier muss das Land seinen Joker als attraktivster Arbeitgeber im Bundesgebiet ausspielen. Das Personal, das wir heute nicht bekommen, wird morgen fehlen.
- 9) Das Bundesland Baden-Württemberg ist seit Jahrzehnten das Schlusslicht im bundesweiten Vergleich der Polizeidichte. Um überhaupt einen Platz im durchschnittlichen Mittelfeld erreichen zu können, sind mindestens 6.000 zusätzliche Polizeivollzugsstellen notwendig. In diese Berechnung ist nicht eingerechnet, dass Baden-Württemberg, neben dem Bund und Schleswig-Holstein, noch eine 41-Stunden-Woche hat. Alle anderen Bundesländer haben eine niedrigere Wochenarbeitszeit.
- 10) Zahlreiche Projekte innerhalb der Polizei müssen in den nächsten Jahren angegangen oder zum Abschluss gebracht werden. Alles wurde bislang aus dem aktuellen Personalkörper gestemmt. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben es verdient, nicht immer Lückenbüßer für eine ausschließlich auf Kosten reduzierter Personalpolitik zu sein.

Die langfristige Nachwuchsplanung der Polizei darf nicht leiden. Deshalb ist die Fortsetzung des Einstellungskorridors zwingend notwendig.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen

Gundram Lottmann
Landesvorsitzender

REGION DER LEBENSRETTETTER

Überleben darf nicht Zufall bleiben

Über 70.000 Menschen in Deutschland erleiden jährlich einen Herz-Kreislauf-Stillstand. Dass in diesen Notfällen professionelle Ersthelfer alarmiert werden, die sich in der Nähe befinden und sofort mit den notwendigen Wiederbelebensmaßnahmen beginnen, ist das Ziel der gemeinnützigen Organisation Region der Lebensretter e. V. Auch die Polizei unterstützt das Lebensrettersystem.

Holger Blank, Marcel Artner

Bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand zählen Sekunden: In den ersten vier Minuten liegt die Überlebensrate noch bei bis zu 50 Prozent. Ohne Hilfe nimmt diese allerdings sehr schnell ab. Pro Minute wird etwa

10 Prozent des Hirngewebes unwiederbringlich zerstört, die schweren Hirnschädigungen führen schon nach kurzer Zeit zum Tod. Wenn der Rettungsdienst eintrifft, in der Großstadt benötigt er durchschnittlich sie-

ben bis neun Minuten, bis er beim Patienten ist, auf dem Land noch wesentlich länger, ist es für den Patienten daher meist zu spät. Nur 10 bis 15 Prozent aller Betroffenen überleben.



Aktuell leisten in Deutschland nur 40 Prozent der Bürger bei einem Notfall Erste Hilfe; dies ist eine der schlechtesten Quoten in Europa. Das Überleben eines Kreislaufstillstandes ist hierzulande meist dem Zufall überlassen. Um die Überlebenschancen von Patienten zu erhöhen, haben daher im Jahr 2017 führende Notfall- und Intensivmediziner zusammen mit Verantwortlichen aus dem Rettungsdienst und der Stadt Freiburg im Breisgau den gemeinnützigen Verein Region der Lebensretter e. V. gegründet. Dessen Ziel ist es, mithilfe digitaler Technologien medizinisch geschultes Personal bei einem Verdacht auf einen Herz-Kreislauf-Stillstand innerhalb weniger Minuten zum Patienten zu leiten. Über ihr Smartphone werden Ärzte, Rettungssanitäter, Polizisten, Feuerwehrkräfte oder Kranken- und Pflegepersonal alarmiert, wenn sie sich zufällig in der Nähe befinden. Sie beginnen sofort mit den notwendigen Maßnahmen zur Wiederbelebung.

Unter Koordination des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg führte man zunächst ein Pilotprojekt durch. In dieser Zeit konnte aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse das ursprüngliche Alarmierungssystem mehrfach angepasst und verbessert werden. So entstand ein bislang einzigartiger Alarmierungsalgorithmus: Geht in der Rettungsleitstelle eine entsprechende Meldung ein, die einen Herz-Kreislauf-Stillstand nahelegt (Stichworte: Kreislaufstillstand, Herzinfarkt, Bewusstlosigkeit), werden über eine Smartphone-App registrierte Ersthelfer in der Umgebung automatisiert in Sekundenbruchteilen geortet und alarmiert. Auf der Basis ihres exakten Standortes, ihrer Entfernung zum Notfallort und den von ihnen genutzten Fortbewegungsmitteln (Auto, Fahrrad, zu Fuß) entscheiden intelligente Algorithmen im Einsatzleitrechner der Rettungsleitstelle, welche vier Ersthelfer am schnellsten beim Patienten eintreffen können. Sie erhalten nach einer Bestätigung den Auftrag und differenzierte Aufgaben.

Die beiden Retter, die den Patienten wahrscheinlich am schnellsten erreichen werden, begeben sich direkt an die Einsatzstelle und führen sofort die Reanimation durch. In sehr vielen Fällen kann ein Ersthelfer mit der Schockabgabe eines Defibrillators den eigenen Herzschlag des Patienten wieder anstoßen, was die Überlebenschance stark verbessert. Um AEDs als notwendige Einsatzmittel



Kolleg*innen Polizeiposten Kirchzarten mit AED

zum Notfallort bringen zu können, werden daher bei Region der Lebensretter zusätzlich die Standorte aller öffentlich zugänglichen Geräte in einer Datenbank erfasst. Der dritte Helfer wird durch die App zum nächsten aktuell erreichbaren AED geleitet und bringt das Gerät zum Patienten. Ein vierter Helfer weist den eintreffenden Rettungsdienst ein.

Die Helfer agieren nach einer intelligenten Rollenverteilung im Team und können bereits auf dem Weg zum Notfallort in der Kartendarstellung der App sehen, wo sich die anderen Helfer aktuell befinden. Es werden auch deren hinterlegte Mobilnummern angezeigt, sodass ein direkter Kontakt untereinander möglich ist. Weil die ersten Helfer oft schon bereits drei bis fünf Minuten nach einem Herz-Kreislauf-Stillstand eintreffen, einen AED mitbringen und professionell reanimieren, können sie die Überlebenschancen von Patienten verdoppeln bis sogar vervierfachen.

Region der Lebensretter e. V. hat es sich nicht nur zur Aufgabe gemacht, schnell zu helfen, sondern auch die Zahl der strategisch platzierten, öffentlich zugänglichen AEDs zu steigern. Der Verein engagiert sich daher bei der Anschaffung und Montage von 24/7-AEDs im Land, sei es in Vereinen und Betrieben, aber auch in Behörden und Insti-

tutionen und an Baggerseen. Das Besondere hierbei: Es werden rettungsdienstkompatible Geräte verwendet, die vom jeweiligen RTW wieder einsatzklar gemacht werden können. Der Verein übernimmt die Betreiberpflichten.

Unterstützt wird Region der Lebensretter im Raum Freiburg im Breisgau auch von der Polizei. So wurde vor Kurzem ein mittels Spenden finanzierter AED an der Außenfassaden des am Bahnhof strategisch günstig gelegene Polizeipostens im Urlaubsort Kirchzarten angebracht.

Interview mit PHK Holger Blank

Region der Lebensretter: Herr Blank, Sie sind der Leiter des Polizeipostens Kirchzarten. Wie viele Kolleg*innen arbeiten dort und wie groß ist das Gebiet, das Sie betreuen, bzw. wie viele Menschen leben hier?

Holger Blank: Auf dem Polizeiposten in Kirchzarten versehen sieben Beamt*innen ihren Dienst. Der Zuständigkeitsbereich erstreckt sich über die Gemeinden Kirchzarten, Stegen, Oberried, Buchenbach und St. Peter. In diesen Gemeinden wohnen ca. 24.000 Personen auf einer Gesamtfläche von ca. 188 km².



Imagevideo Region der
Lebensretter Ostsaachsen

Region der Lebensretter: Im vergangenen Sommer wurden Ihre Kolleg*innen durch Hilferufe in unmittelbarer Nachbarschaft auf eine leblose Person aufmerksam, die keine 100 Meter vom Polizeiposten reanimiert werden musste. Können Sie den Einsatz aus Ihrer Sicht schildern?

Holger Blank: Ein Kollege wurde auf Hilferufe aus der Nachbarschaft zum Polizeiposten aufmerksam und eilte daraufhin sofort an die Einsatzörtlichkeit. Vor Ort konnte die hilferufende Person nicht mehr angetroffen werden, jedoch lag eine leblose Person im Hausflur. Der Kollege begann nach Überprüfung der Vitalfunktionen sofort mit der Reanimation. Die Reanimation wurde von dem Kollegen bis zum Eintreffen des RTW durchgeführt. Wäre der in Kirchzarten stationierte RTW nicht frei gewesen, hätte ein RTW aus Freiburg oder Titisee-Neustadt angefordert werden müssen. Dieser hätte eine dementsprechend längere Anfahrt gehabt (Anm.: ca. 15 Minuten Anfahrtszeit) und die Reanimationszeit (Anm.: Zeit bis zur ersten Schockabgabe eines Defibrillators) hätte sich dementsprechend verlängert.

Region der Lebensretter: Ersthelfer, die über die Lebensretter-App alarmiert wurden, trafen nach wenigen Minuten ein und brachten einen öffentlich zugänglichen AED mit. Wie war das Zusammenspiel der Kräfte am Einsatzort aus Ihrer Sicht?

Holger Blank: Als die Ersthelfer mit dem AED bei dem reanimierenden Kollegen angekommen waren, wurde der Patient sofort an sie übergeben. Nach Angaben des Kollegen wurde die Reanimation nahtlos fortgeführt, die Übergabe sehr professionell vollzogen worden.

Region der Lebensretter: Welche nächsten Schritte planen Sie jetzt mit der Belegschaft, nun da am Posten ein 24/7-AED vom Verein Region der Lebensretter e. V. angebracht wurde? Inwiefern unterstützt Sie der Verein hierbei?

Holger Blank: Es wurde vereinbart in unseren Räumlichkeiten ein Training mit dem AED durchzuführen. Es haben zwar alle Kollegen bereits bei der Polizei eine Fortbildung mit dem Defibrillator erfahren, allerdings steigert regelmäßiges Training den Einsatzwert und die

Handlungssicherheit. Es wird auch durchaus möglich sein, dass wir aufgrund des an unserem Gebäude angebrachten AEDs des Öfteren zu Einsatzen hin zugerufen werden.

Region der Lebensretter: Welche Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht für die Zukunft im Bereich Reanimationsversorgung relevant?

Holger Blank: Da Polizeibeamte regelmäßig Erste-Hilfe-Trainings absolvieren, wäre es wünschenswert, dass irgendwann die Streifenwagen auch mit einem AED bestückt sind. Somit könnte die ILS das FLZ über Notfälle verständigen und evtl. ist dadurch ein AED schneller am Einsatzort als über andere Verständigungswege. Ich denke in diesen Notfällen ist Zeit der größte Faktor und durch die Unterstützung der Polizei könnte schneller Hilfe geleistet werden, welche dem Patienten zugutekommt.

Region der Lebensretter: Herr Blank, vielen Dank für das Interview. ■

(Das Interview führte Thomas Steuber vom Verein Region der Lebensretter.)

KRIMINALITÄT

Unter dem Radar? – Gewerbsmäßige Betrüger anhand des Beispiels Fake Shop

Gerhard Lauer

Ich möchte am Beispiel Fake Shop auf einige aus meiner Sicht wichtige Punkte in Bezug auf Betrugs kriminalität hinweisen, welche sich auf viele Bereiche der Polizeiarbeit übertragen lassen.

Prävention vor Repression

Es sollte zum Standard der spezialisierten Sachbearbeitung bei der Schutz- und Kriminalpolizei werden, dass zuallererst die Möglichkeiten zur Fortsetzung der Straftat wirksam bekämpft werden. Für einen Fakeshop heißt das: sofortige Meldung eines deutschen Kontos

an die dortige Compliance-Abteilung der Bank – Maßnahmen zur Schließung und Unerreichbarkeit des Fake Shops. Dies ist in der Regel über die zu ermittelnden Host- oder Registrarfirmen möglich. Dazu bedarf es des Wissens um das Konstrukt im Internet sowie einiger Anschreiben.

Parallel zu diesen äußerst wichtigen Maßnahmen können Ermittlungen zu den Verantwortlichen geführt werden. Hier ergibt sich die Problematik, dass die Fälle in der Regel wegen der Hürden für Auslandsanfragen/MLAT und wegen zu geringer Schadenssummen von den einzelnen Staatsanwaltschaften nicht weiter verfolgt werden.

Zentrale Sachbearbeitung

Kern des Problems bei Fake Shops, aber auch bei den gewerbsmäßigen Betrügereien auf Marktplätzen ist das Tatortprinzip. Es gibt nämlich keinen Tatort in Deutschland, da die Täter aus dem Ausland agieren. Leider kann man bei vielen Banken ein Konto mit deutscher IBAN erlangen, ohne einen Wohnsitz in Deutschland zu haben.

Praktisch läuft es so, dass jeder Fall von einzelnen Dienststellen, oftmals im Süden Deutschlands von der Schutzpolizei, manchmal von der Kriminalpolizei, nach dem Wohnortprinzip des Geschädigten bearbeitet wird und dann auch an einzelne Staatsanwaltschaften abgegeben wird.



Gerhard Lauer, PHK im Ermittlungsdienst
des PP Mannheim



Wenn sich der Sachbearbeiter die Mühe macht und entsprechende Abfragen in Landesdateien oder gemeinsamen Dateien der Länder veranlasst, wird die Serie erkannt. Da es aber keine Staatsanwaltschaft gibt, welche ein Sammelverfahren eröffnet, bleiben es Einzelfälle, welche bei der StA verständlicherweise relativ schnell geschlossen werden. Auslandsermittlungen werden in diesen Fällen – so meine bisherige Erfahrung – nicht durchgeführt.

Ziele

Großes Ziel: Für gewerbsmäßige Betrugsserien ohne Tatort ab einem bestimmten Schadenswert, mein Vorschlag wäre mindestens zehn Geschädigte à 200 Euro oder Schadenssumme höher als 10.000 Euro, wäre eine Zuständigkeit für eine spezialisierte Betrugsabteilung, z. B. beim BKA, bei den Ländern nach Verteilerabsprache oder bei den regionalen Präsidien, gegeben. Diese hätte dann das Personal und das Know-how, um das Phänomen effektiv zu bekämpfen.

Etappenziel: Bei Feststellung einer Tatserie, z. B. fünf gleichgelagerte Fälle/Geschädigte in BW bei einem Fake Shop, welche jede Auswerteeinheit der regionalen Polizeipräsidien feststellen kann, wird eine Dienststelle oder ein Präsidium nach einer festzulegenden Verteilerabsprache mit den qualifizierten Ermittlungen und Maßnahmen beauftragt.

Hierdurch werden unnötige Mehrfach-Ermittlungen vermieden und man kann konzentriert den Sachverhalt nachgehen. Hier wäre natürlich auch zu bedenken, wie derartige Ermittlungen staatsanwaltschaftlich abbildbar sind. Mein Vorschlag wäre, derartige Verfahren an die Schwerpunkt-StA Cybercrime in den jeweiligen Bereichen zur weiteren Ermittlung vorzulegen.

Geschwindigkeit

Jeder, der sich schon mit Finanzagenten und Geldwäsche befasst hat, bemerkt recht schnell, dass das Geld zügig fließt. Die repressiven Mühlen mahlen in diesem niederschweligen Bereich von Kriminalität gar nicht oder sehr langsam.

Im Bereich Geldwäsche ist hier Folgendes festzustellen: In dem Moment, wenn

das Geld bei einem Fake Shop eingeht, hat man nur sehr wenig Zeit, um die Gelder anzuhalten.

Oftmals wird das Geld taggleich/automatisch auf andere Konten transferiert. Hierzu gehören unter anderem BitCoin-Konten in anderen Ländern oder Direktabhebung mittels Kreditkarten z. B. im Osten Afrikas. Somit ist das Geld der Geschädigten in der Regel weg.

Beispiel: Ein Geschädigter macht am Freitag eine Online-Anzeige mit IBAN über die Internetwache der Polizei BW. Ich erhalte den Vorgang am kommenden Montag auf den Schreibtisch und rufe sofort bei der Compliance der betroffenen Bank an. Tatsächlich ist in dieser kurzen Zeit ein Vermögensschaden für viele andere eingetreten, da an diesem Wochenende sechs andere Geschädigte auf das Konto eingezahlt haben.

Es kommt hier tatsächlich auf die Schnelligkeit des einzelnen Sachbearbeiters an, um weitere Schäden zu verhindern bzw. bereits auf kriminelle Konten eingezahltes Geld anzuhalten. Das Konto ist immer sofort bei der Bank oder dem Finanzdienstleister zu melden. Die Prozesse sind, insbesondere wenn auch noch die Staatsanwaltschaft eingebunden werden muss, für derartige Fälle deutlich zu langsam.

Schwarmintelligenz

Es bedarf zur Bekämpfung überregionaler Betrüge ohne Tatort eines einfachen und sehr schnellen Systems, um Tatzusammenhänge über Ländergrenzen hinweg sofort zu erkennen und Doppelermittlungen zu vermeiden.

Glücklicherweise gibt es über das BKA einige Werkzeuge und auch Abfragemöglichkeiten über Verbundsysteme. Davon weiß, so mein Gefühl, nur noch nicht jeder oder die Möglichkeiten werden nicht genutzt, obwohl dies extrem sinnvoll wäre. Die Kollegen, welche sich mit gewerbsmäßigen Betrügen befassen müssen, sollten hier entsprechend geschult oder informiert werden.

Auch PIAV ist leider viel zu langsam. Ein Kreuztreffer einer IBAN, welche ich bei einem Fake Shop erfasst habe, geht erst nach mehreren Wochen ein. Das ist viel zu spät.

Ressourcen

Wie bereits ausgeführt ist es wenig sinnvoll, dass Betrugsfälle wie ein professionell angelegter Fake Shop durch einzelne Sachbearbeiter beim Polizeiposten oder Bezirksdienst nach Anzeige durch den Geschädigten bearbeitet werden. Jeder Beamte führt dann eigene Ermittlungen, macht die polizeiliche Fallerfassung und legt an die zuständige StA vor. Das bindet polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Ressourcen.

Mögliche Lösungen für das Problem wären die konsequente Nutzung aller Auskunftssysteme zur Erkennung von Serien und dann die Übernahme der Ermittlungen. Doch durch wen? Hier fehlt es aufseiten der Polizei und der Justiz an personellen Ressourcen.

Wenn Finanzagentenkonten zeitnah geschlossen werden und auch die Fake Shops konsequent vom Netz geschlossen werden, dann wird der nächste Geschädigte nicht mehr betrogen. Es muss kein weiterer Kollege und kein weiterer Staatsanwalt einen gleichgelagerten Fall bearbeiten.

Fazit

Bei Fake Shops werden momentan oftmals nur die Finanzagenten oder Geldwäscher belangt. Das sind beispielhaft junge Personen oder ältere Frauen, welche z. B. einen passenden Nebenjob suchen und sich dann auf dubiose Firmen einlassen und Konten eröffnen. Die eigentlichen Kriminellen, die gewerbsmäßig organisierten Betrüger, sitzen im Ausland und werden selten gefasst.

Es kann nicht sein, dass wir als Polizei solche Betrugs kriminalität verwalten, Vorgänge produzieren, PIAV/POLAS erfassen und PKS-Striche/Belastungszahlen zählen, die StA (sie kann nicht anders) den Fall gegen den Haupttäter aber letztlich einfach einstellt. Der Geschädigte bekommt gesagt: Ihr Geld ist weg, wir können nichts machen. Das ist frustrierend.

Wir sollten hier gemeinsam und kreativ mit den gegebenen Möglichkeiten hinschauen, was man besser machen kann, und den Betrügern aktiv die Geldflüsse abgraben. Das fühlt sich dann auch viel besser an – zumindest für mich. ■



BEZIRKSGRUPPE PFORZHEIM

Jahreshauptversammlung

Am 23. März 2022 fand im Wanderheim in Neuenbürg die Jahreshauptversammlung der GdP-Bezirksgruppe Pforzheim statt.

Martin Peuthert

Der Vorsitzende Achim Unselde gab satzungsgemäß einen Rückblick über die Neugründung im Jahr 2020 und die bisherigen Aktionsschwerpunkte. Wie immer ging er auf die Mannschaft im Maschinenraum ein und konnte durch seinen Wortwitz bestens unterhalten.

Als Kassier konnte Martin Peuthert über eine sparsame und gute Kassenlage informieren.

Für die überaus aktive Seniorenarbeit gab Peter Graeber eindrucksvoll die Aktivitäten und Informationsrundschriften bekannt. Der Seniorenstammtisch, der sich alle acht Wochen zahlreich trifft, wächst infolge der Pensionierungswelle stetig an.

Nach Entlastung des Vorstandes wurden die bisherigen Akteure mit Präsenten beglückt.

Die Schriftführerin Sabrina Lauth, der Kassier Martin Peuthert und der BG-Vorsitzende Achim Unselde wollen die bisherigen Funktionen in jüngere Hände übergeben.

Als Verhandlungs- und Wahlleiter konnte Ralf Stehle glänzen, gab es doch einige Tücken beim Wahlablauf zu meistern. Gut, dass das Ehrenmitglied und langjähriger Vorsitzender des Landeskontrollausschusses, Franz Bitto, anwesend war. In bewährter Rechtssicherheit konnte Franz auch die schwierigen Satzungsfragen beantworten.

Marius Buck als Mitglied im GLV und Vertreter der Jungen Gruppe fand viel Gehör bei seinen Aussagen zum Gesamtbild der GdP in Baden-Württemberg und deren Veränderungen.

Herzlichen Glückwunsch allen Neugewählten. ■

Wahlergebnisse

Vorsitzender: Timo Großhans

Kassier: Patric Schäfer

Schriftführer: Achim Unselde

Beisitzer: Sabrina Lauth,
Polizeirevier Pforzheim-Süd
Regina Wolfinger,

Polizeirevier Pforzheim-Nord
Alexander König,

Polizeirevier Calw
Melanie Lammert,

Polizeirevier Freudenstadt
Roland Schwabenland,

Tarif/Verkehrspolizei

Peter Graeber und Martin Peuthert,
Senioren

Kassenprüfer: Helmut Mornhinweg,
Detlev Albrecht



Foto: Martin Peuthert

Frauenseminar 2022



Gewerkschaft der Polizei

„Wenn die Stimme Stimmung macht“

mit Anett Weber-Pöpsel

Datum: Dienstag, 02. Juli 2022 · Beginn 09.00 Uhr - Ende 16.30 Uhr

Ort: Geschäftsstelle der GdP Baden-Württemberg
Maybachstraße 2, 72735 Eberdingen-Hochdorf

Anett Weber-Pöpsel ist seit vielen Jahren individualpsychologische Beraterin, qualifizierter Coach, erfahrene Trainerin und Personalentwicklerin bei der Perspektiven Akademie in München. „In unserer heutigen Kommunikation ist die Stimme, neben der Körpersprache, eine Schlüsselkompetenz. Piepse ich, spreche ich zu tief, zu leise oder zu monoton – jeder Stimmeinsatz transportiert den besten Inhalt oder auch nicht.“

Was erwartet Dich bei diesem Seminar?

- **Persönliche Stimmanalyse – Wie wirkt Deine Stimme?**
- **Individuelle Tipps für Deinen Stimmeinsatz**
- **Wissenswertes zu Atmung, Zwerchfell, Haltung**
- **Praktische Übungen zur Stärkung Deiner Stimme**
- **Verbesserung Deiner kommunikativen Fähigkeiten**

Plätze: 12
Zielgruppe: aktive GdPlerinnen und Funktionsträgerinnen
Kosten: keine

Meldeschluss: 10. Juni 2022
Meldeadresse: landesfrauenvorstand@gdp-bw.de
Stichwort: Frauenseminar 07/22

Wir freuen uns auf ein spannendes Frauenseminar mit Euch!

Euer Landesfrauenvorstand



Weiter geht's:

Vorbereitung auf den Ruhestand - Seminar der Seniorengruppe in Bad Herrenalb -



Die GdP führt ein weiteres Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ durch. Es findet erneut statt im Tagungszentrum in Bad Herrenalb vom

4. bis 6. Juli 2022

**in der Evangelischen Akademie Baden
Doblerstr. 51, 76332 Bad Herrenalb, Fon: 07083.928-0.**

Eingeladen sind wie immer jeweils alle Kolleginnen und Kollegen, die unmittelbar vor Eintritt in den Ruhestand stehen oder sich auch schon seit kurzem darin befinden. Die Seminarinhalte sind auch für Ehe- oder Lebenspartner interessant, die ebenfalls eingeladen sind. Für die Begleitung sind etwa 150 EURO Seminarkosten zu entrichten. Auf GdP-Mitglieder entfallen 50 EURO Zuzahlung; Reisekosten werden vom Landesbezirk nicht erstattet.

Die Zahl der Seminarteilnehmer ist auf 25 begrenzt, weshalb nach der Reihenfolge der Anmeldungen verfahren wird.

Meldeschluss 31. Mai 2022

Bei pandemiebedingter Absage werden die Angemeldeten benachrichtigt.

**Die nächsten Seminare sind 2023 geplant.
Es werden rechtzeitige Ausschreibungen erfolgen.**

*Anmeldungen bitte an die GdP-Geschäftsstelle (Maybachstraße 2,
71735 Eberdingen-Hochdorf) schriftlich,
telefonisch (07042/879-0) oder per E-Mail (heike.kerpen@gdp-bw.de)
(hwf)*

DP – Deutsche Polizei
Baden-Württemberg

Geschäftsstelle
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (07042) 879-0
Telefax (07042) 879-211
info@gdp-bw.de
www.gdp-bw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Daniel Abel (V.i.S.d.P.)
Maybachstraße 2
71735 Eberdingen
redaktion@gdp-bw.de

Redaktionsschluss
Zuschriften für das Landesjournal Baden-Württemberg können an redaktion@gdp-bw.de gesendet werden. Die Texte bitte unformatiert und Bilder separat im Anhang übersenden. Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe ist der 2. Mai 2022, für die Juli-Ausgabe der 6. Juni 2022.